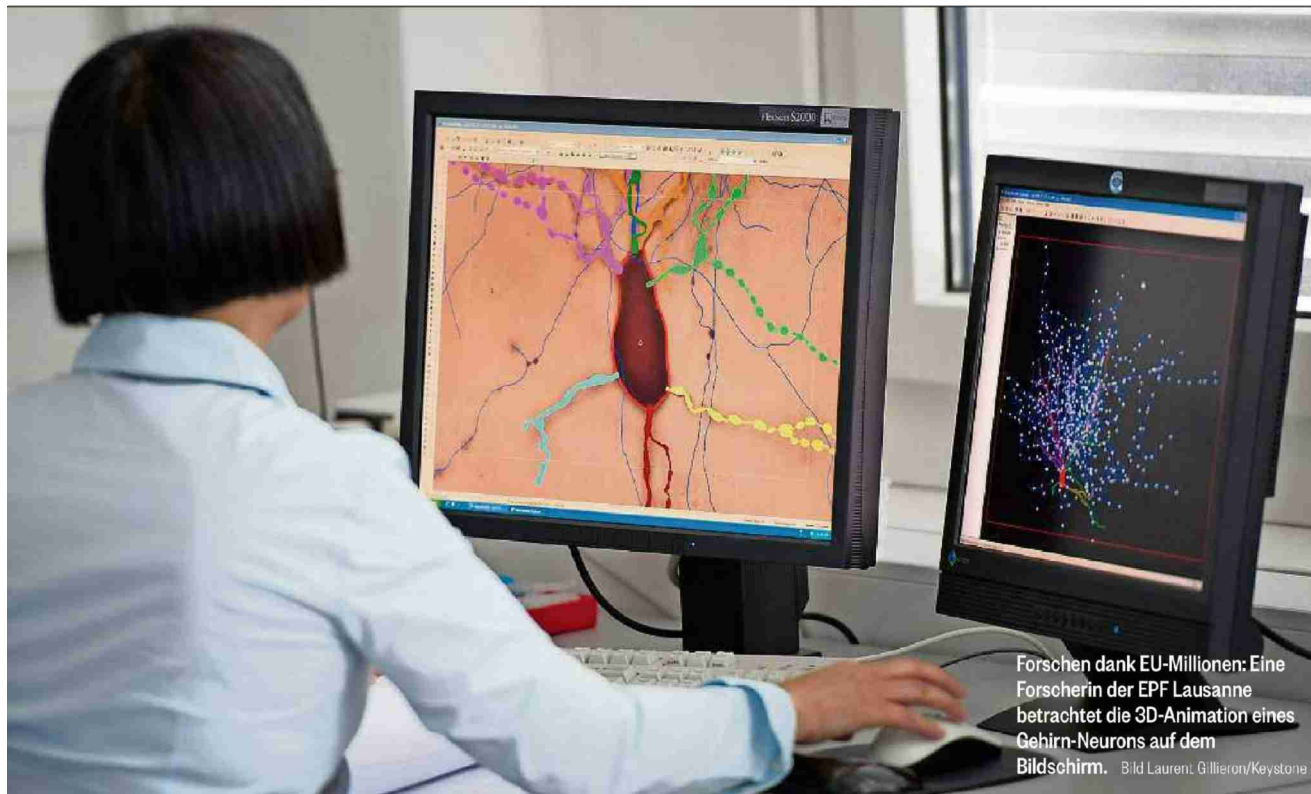




Forschen dank EU-Millionen: Eine Forscherin der EPF Lausanne betrachtet die 3D-Animation eines Gehirn-Neurons auf dem Bildschirm. Bild Laurent Gillieron/Keystone

Forscher zittern weiter um europäischen Zugang

Fährt die Schweiz den Karren an die Wand? Nach dem Ständerats-Jein zum Kroatien-Protokoll fürchten Forschungsvertreter weitere Unsicherheiten. Der Schaden ist derweil bereits angerichtet.

von Jonas Schmid

Was wollen Sie Real Madrid anbieten, wenn der Club aus der Champions League ausgeschlossen wird?», fragt Michael Hengartner. Mit diesem Bild beschreibt der Rektor der Universität Zürich und Präsident von Swiss Universities die Angst der Schweizer Spitzenforscher, bald vollständig von der EU-Forschungszusammenarbeit abgeschnitten zu sein. Der Grund: Bis im Februar 2017 muss der Bundesrat das Kroatien-Protokoll ratifizieren, sonst wird die

Schweiz automatisch vom Forschungsprogramm Horizon 2020 ausgeschlossen. So will es die EU. Sie hat nach dem Volks-Ja zur Masseneinwanderungsinitiative die volle Beteiligung der Schweiz an Horizon 2020 an die «Lösung der Kroatien-Frage» geknüpft.

Doch statt Hürden abzubauen, baute der Ständerat gestern neue auf: Er beharrt darauf, dass der Bundesrat das Kroatien-Protokoll erst dann ratifizieren darf, wenn er mit der EU eine verfassungskonforme Lösung zur Steuerung der Zuwanderung gefunden hat (siehe Kasten). «Wir bedauern, dass sich der Stände-



rat an eine Bedingung gefesselt hat», sagt Hengartner. Damit nehme er einen riesigen Standort-Nachteil in Kauf, denn es sei fraglich, ob die Zeit noch reiche, das Kroatien-Protokoll rechtzeitig zu ratifizieren. In dieselbe Kerbe haut auch Fritz Schiesser, Präsident des ETH-Rats: «Mit dem Beschluss des Ständerats bleiben die Unsicherheiten bestehen.» Man könne nur immer wieder betonen: Die Teilnahme der Schweiz an Horizon 2020 sei für den Forschungs- und Innovationsplatz von grösster Bedeutung. Nicht nur wegen der EU-Fördergelder. Noch wichtiger sei es, dass sich die Schweiz, und damit Wissenschaft und Wirtschaft, den Zugang zu Wissen und Innovationen sichert.

Weltweit grösstes Forschungsprogramm

Horizon ist nicht irgendein Forschungsprogramm, es ist das weltweit grösste. 80 Milliarden Euro schüttet die Europäische Kommission von 2014 bis 2020 für Forschungsprojekte aus. Sie will damit neue Jobs schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit der EU verstärken. Auch die hiesigen Forschenden profitieren vom Fördertopf, wenn auch nur noch teilweise. Seit 2014 beschränkt sich ihr Zugang auf einen von drei Programm-Pfeilern. Kommt es zum Worst-Case-Szenario, verpasst die Schweiz die Frist und fällt zurück auf den Status eines Drittstaats mit kaum zu überblickenden, negativen Auswirkungen auf den Forschungs- und Innovationsstandort Schweiz.

Von 2004 bis 2013 waren Schweizer Forschende vollwertig und überaus erfolgreich an die EU-Programme angeschlossen. Der Net-

to-Rückfluss betrug über 200 Millionen Euro, womit die Schweiz viel mehr Fördermittel herauslöste, als sie selbst in den Topf einzahlte. Höhepunkt war das Jahr 2013 mit 745 Projekt-Beteiligungen. Besonders der ETH-Bereich war äusserst erfolgreich: Von den begehrten ERC-Grants gewann 2013 die ETH Zürich am drittmeisten, die EPF Lausanne am viertmeisten. Einzig die Universitäten von Cambridge und Oxford waren noch erfolgreicher.

Umso grösser der Kater 2014: Die Beteiligung der Schweiz ist seither um die Hälfte gesunken. Die Zahl der Projekte, in der Schweizer Forschende den Lead hatten, sank sogar um den Faktor 10. Grund dafür sei die grosse Verunsicherung bei den Forschenden, heisst es in einem Bericht des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI).

Ständerat stellt Bedingungen für Kroatien-Protokoll

Der Bundesrat darf die Personenfreizügigkeit erst dann auf Kroatien ausdehnen, wenn er mit der EU eine verfassungskonforme **Lösung zur Steuerung der Zuwanderung respektive Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative** gefunden hat. Der Ständerat hat dies gestern so beschlossen. Das entspricht zwar der erklärten Absicht der Regierung. Trotzdem hat der Ständerat die Bedingung in den Beschluss eingefügt, um die Verfassungsmässigkeit einer Lösung sicherzustellen. Wie eine solche aussehen könnte und wann die Bedingung als erfüllt gilt, ist offen. (sda)